Gesetz vom über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtner(innen) und Erzieher(innen)

Der Landtag hat in Ausführung des Art. I des Bundesgesetzes über die Grundsätze betreffend die fachlichen Anstellungserfordernisse für die von den Ländern oder Gemeinden oder von Gemeindeverbänden anzustellenden Kindergärtnerinnen, Erzieher an Horten und Erzieher an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler von Pflichtschulen bestimmt sind, BGBl.Nr. 406/1968, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 639/1994, beschlossen:

§ 1. (1) Unbeschadet von Staatsverträgen im Rahmen der europäischen Integration ist fachliches Anstellungserfordernis:

1. für Kindergärtner(innen):
die erfolgreiche Ablegung der Befähigungsprüfung für Kindergärtner(innen) bzw. für Kindergärten oder der Reife- und Befähigungsprüfung für Kindergärten;
2. für Sonderkindergärtner(innen):
die erfolgreiche Ablegung der Befähigungsprüfung für Sonderkindergärtner(innen) oder der Befähigungsprüfung für Sonderkindergärten und Frühförderung;
3. für Erzieher(innen) an Horten und für Erzieher(innen) an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler von Pflichtschulen bestimmt sind:
 - a) die erfolgreiche Ablegung der Befähigungsprüfung für Erzieher(innen) oder der Reife- und Befähigungsprüfung für Erzieher(innen) oder
 - b) die erfolgreiche Ablegung der Befähigungsprüfung für Kindergärtner(innen) und Horterzieher(innen) oder der Reife- und Befähigungsprüfung für Kindergärten und Horte oder
 - c) die erfolgreiche Ablegung einer Lehrbefähigungs- oder Lehramtsprüfung;
4. für Erzieher(innen) an Sonderhorten und für Erzieher(innen) an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler(innen) an Sonderschulen bestimmt sind:
 - a) die erfolgreiche Ablegung der Befähigungsprüfung für Sondererzieher(innen) oder
 - b) die erfolgreiche Ablegung der Lehramtsprüfung für Sonderschulen.

(2) Für Kindergärtner(innen), die mit der Führung von Gruppen an gemischtsprachigen Kindergärten betraut sind, ist fachliches Anstellungserfordernis überdies eine ausreichende Kenntnis der betreffenden Volksgruppensprache (Kroatisch oder Ungarisch). Der Nachweis dieser Kenntnis ist durch entsprechende Zeugnisse oder den erfolgreichen Besuch von entsprechenden Kursen spätestens ein Jahr nach Anstellung zu erbringen. Falls innerhalb dieser Frist aus Gründen, die der Bewerber (die Bewerberin) nicht zu vertreten hat, ein entsprechender Nachweis nicht erbracht werden konnte, so ist dieser Nachweis unverzüglich nach Abschluß des Kurses zu erbringen. In diesen Fällen ist das Dienstverhältnis auf längstens zwei Jahre zu befristen, wobei nach erfolgreichem Abschluß des Kurses das Dienstverhältnis in ein unbefristetes umgewandelt werden kann.

(3) Für die Fälle, in denen keine geeignete Person zur Verfügung steht, welche das in Betracht kommende Anstellungserfordernis nach Abs. 2 erfüllt, werden die Anstellungserfordernisse nach Abs. 1 als ausreichend anerkannt.

§ 2. Für die Fälle, in denen keine geeignete Person zur Verfügung steht, welche die in Betracht kommenden, auf Grund des § 1 Abs. 1 vorgeschriebenen Anstellungserfordernisse erfüllt, werden für die auf die Dauer dieser Voraussetzung stattfindende Verwendung in einem kündbaren Dienstverhältnis, das keinen Anspruch auf Umwandlung in ein unkündbares Dienstverhältnis gibt, folgende Anstellungserfordernisse als ausreichend anerkannt:

1. für die Verwendung an Kindergärten:

hinreichende Erfahrung in der Erziehung und Betreuung einer Gruppe von Kleinkindern und Nachweis einer Hospitier- oder Praxiszeit von vier Wochen in einem Kindergarten;

2. für die Verwendung an Kindergärten, in denen die Betriebsdauer im Kalenderjahr vier Monate nicht übersteigt:

Erfahrung in der Betreuung von Kleinkindern und Besuch eines Einschulungslehrganges in der Dauer von mindestens zwei Wochen oder Nachweis einer Hospitier- und Praxiszeit von vier Wochen in einem Ganztagskindergarten;

3. für die Verwendung an Sonderkindergärten:

die erfolgreiche Ablegung einer der in § 1 Abs. 1 Z 1 genannten Prüfungen;

4. für die Verwendung an Horten und an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler(innen) von Pflichtschulen bestimmt sind (ausschließlich neben einer Person, die die Erfordernisse des § 1 Abs. 1 Z 3 erfüllt):

- a) Erfahrung in der Erziehung und Betreuung einer Gruppe von Schulpflichtigen oder
- b) der erfolgreiche Abschluß einer höheren oder mindestens dreijährigen mittleren Schule oder die abgeschlossene Berufsausbildung;

5. für die Verwendung an Sonderhorten und an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler(innen) von Sonderschulen bestimmt sind:
- a) die erfolgreiche Ablegung einer der in § 1 Abs. 1 Z 2 genannten Prüfungen oder
 - b) sofern auch keine Person, die die Voraussetzung nach lit. a erfüllt, zur Verfügung steht:

die erfolgreiche Ablegung einer anderen als der in § 1 Abs. 1 Z 4 lit. b genannten Lehrbefähigungs- oder Lehramtsprüfung oder einer der in § 1 Abs. 1 Z 1 oder in § 1 Abs. 1 Z 3 genannten Prüfungen.

§ 3. (1) Die in den §§ 1 und 2 angeführten Prüfungen sind durch Zeugnisse öffentlicher oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteter Schulen oder staatlicher Prüfungskommissionen, die auf Grund schulrechtlicher Vorschriften eingerichtet sind, nachzuweisen.

(2) Zeugnisse, die von anderen Staaten als von Staaten ausgestellt sind, deren Angehörigen Österreich auf Grund von Staatsverträgen im Rahmen der europäischen Integration dieselben Rechte zu gewähren hat wie Inländern, sind als Nachweis gemäß Abs. 1 nur dann zuzulassen, wenn sie schulbehördlich österreichischen Zeugnissen der verlangten Art als gleichwertig anerkannt (nostrifiziert) worden sind.

(3) Soweit nicht Abs. 2 anzuwenden ist, hat die Landesregierung auf Antrag binnen vier Monaten im Einzelfall auszusprechen, ob und inwieweit ein Zeugnis über eine von einem Angehörigen einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes erworbene Ausbildung oder Befähigung im Hinblick auf die durch die betreffende Ausbildung oder Befähigung vermittelten und bescheinigten Fähigkeiten und Kenntnisse den inländischen vorgeschriebenen Zeugnissen gleichzuhalten ist.

(4) Ist auf Grund der gemäß Abs. 3 vorgelegten Zeugnisse die von einem Antragsteller in einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes erworbene Ausbildung oder Befähigung im Hinblick auf die durch diese vermittelten Fähigkeiten und Kenntnisse nicht als dem entsprechenden inländischen Zeugnis gleichwertig anzusehen, hat die Landesregierung die Gleichhaltung gemäß Abs. 3 nach Maßgabe des Abs. 5 unter der Bedingung auszusprechen, daß die fehlende Qualifikation vom Antragsteller entweder durch die Absolvierung eines Anpassungslehrganges oder durch die Ablegung einer Eignungsprüfung nachzuweisen ist.

(5) Unter Anpassungslehrgängen sind Anpassungslehrgänge im Sinne des Art. 1 lit. i der Richtlinie 92/51/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise, ABl. Nr. L 209 vom 24. Juli 1992, S 25, zu verstehen. Unter Eignungsprüfungen sind Eignungsprüfungen im Sinne des Art. 1 lit. j der genannten Richtlinie zu verstehen. Die Absolvierung eines Anpassungslehrganges oder die Ablegung einer Eignungsprüfung kann als Bedingung gemäß Abs. 4 vorgeschrieben werden, wenn die vom Antragsteller gemäß Abs. 3 nachgewiesene Ausbildung inhaltlich von der für die Erlangung des entsprechenden inländischen Zeugnisses vorgeschriebenen Ausbildung abweicht. Im Rahmen des Anpassungslehrganges oder der Eignungsprüfung hat der Antragsteller die fehlende Qualifikation gemäß Abs. 4 nachzuweisen.

(6) Kommen Antragsteller(innen) aus einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes, der diese Berufe nicht reglementiert hat, und weisen diese die entsprechenden Nachweise (Berufserfahrung und Ausbildungsnachweise) im Sinne des Art. 3 lit. b oder Art. 5 lit. b der Richtlinie 92/51/EWG vor, so hat die Landesregierung die Gleichhaltung gemäß Abs. 3

auszusprechen, wobei allenfalls die Absolvierung eines Anpassungslehrganges oder die Ablegung einer Eignungsprüfung unter sinngemäßer Anwendung des Abs. 5 verlangt werden kann.

§ 4. Mit dem Wirksamwerden dieses Gesetzes tritt das Gesetz vom 19. Juli 1973 über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen und Erzieher, LGBl.Nr. 48, außer Kraft.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil:

Mit Bundesgrundsatzgesetz, BGBl.Nr. 639/1994, wurde das Bundesgesetz über die Grundsätze betreffend die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen und Erzieher, BGBl.Nr. 406/1968, dahingehend geändert, daß darin zunächst der europäischen Integration Rechnung getragen wird. Die Berufe Kindergärtner(in) und Erzieher(in) sind von Österreich in den Anhang C der Richtlinie 92/51/EWG über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung der Richtlinie 89/48/EWG ("2. Diplomanerkennungsrichtlinie") angemeldet und dort auf Grund des Anhanges 7 des Beschlusses Nr. 7/94 des gemeinsamen EWR-Ausschusses aufgenommen worden.

Weiters wird in obgenanntem Bundesgrundsatzgesetz auch der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle, BGBl.Nr. 365/1982, und zwar dem § 95 Abs. 1 des Schulorganisationsgesetzes in der Fassung dieser Novelle Rechnung getragen: Danach schließen die (nunmehrigen) Bundesanstalten für Kindergartenpädagogik an die 8. Schulstufe an und umfassen 5 Schulstufen (9. bis 13. Schulstufe). Nach § 98 Abs. 1 und 3 leg.cit. schließt die Ausbildung an einer solchen Anstalt mit der Reifeprüfung (Reife- und Befähigungsprüfung für Kindergärten) ab. In Kraft getreten sind diese Bestimmungen nach Art. VIII Z 10 der obgenannten 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle am 1. September 1985.

Dieses eingangs genannte Bundesgrundsatzgesetz mit einem entsprechenden Landesgesetz auszuführen ist Gegenstand dieses Entwurfs, wobei die entsprechende Novellierung des derzeit in Geltung stehenden (Landesausführungs-)Gesetzes vom 19. Juli 1973 über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen und Erzieher, LGBl.Nr. 48, durch neuerliche vollständige Festschreibung dieses Gesetzes in einem Guß erfolgt. Dabei wurden geschlechtsspezifische Unterscheidungen (anders als in § 5 des Grundsatzgesetzes) unmittelbar im Text vorgenommen, wie zB "Kindergärtner(innen)", "Erzieher(innen)", "Schüler(innen)". Dies folgt der Systematik des Kindergartengesetzes 1995, LGBl.Nr. 63, und des Bgld. Kindergarten- und Hortedienstrechtsgesetzes, LGBl.Nr. 30/1993.

Die verfassungsrechtliche Grundlage bietet Art. 14 Abs. 3 lit. d B-VG. Danach ist Bundessache die Gesetzgebung über die Grundsätze, Landessache die Erlassung von Ausführungsgesetzen und die Vollziehung in den Angelegenheiten der fachlichen Anstellungserfordernisse für die von den Ländern, Gemeinden oder von Gemeindeverbänden anzustellenden Kindergärtnerinnen und Erzieher an Horten und an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler an Pflichtschulen bestimmt sind.

Ein finanzieller Mehraufwand für das Land ist mit vorliegendem Entwurf nicht verbunden.

II. Besonderer Teil:

Zu § 1:

In Abs. 1 werden die Z 1 bis 5 des eingangs zitierten Bundesgrundsatzgesetzes, BGBl.Nr. 639/1994, dahingehend ausgeführt, als die Aufzählung der fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen, Sonderkindergärtnerinnen und Erzieher an Horten und Schülerheimen unbeschadet von Staatsverträgen im Rahmen der europäischen Integration vorgenommen wird.

Weiters ist darin auf die 7. Schulorganisationsgesetz Novelle, BGBl.Nr. 365/1982, hinsichtlich der Aufnahme der Reife- und Befähigungsprüfung (für Kindergärtnerinnen, Sonderkindergärtnerinnen und Erzieher) Bedacht genommen.

Abs. 2 und 3 berücksichtigen die gemischtsprachigen Kindergärten. Aus Gründen der Systematik war die Berücksichtigung auch der gemischtsprachigen Kindergärten im Hinblick auf deren Aufzählung im § 2a des Kindergartengesetzes und der in § 6 Abs. 2 des Bgld. Kindergarten- und Hortdienstrechtsgesetzes geregelten Zulage für zweisprachige Kindergärtner(innen) geboten.

Als entsprechendes Zeugnis ist das Reifezeugnis der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik zu verstehen, aus dem auch die erfolgreiche Teilnahme am Kroatisch-(Ungarisch) unterrichtet ersichtlich ist. Als entsprechender Kurs ist der vom Pädagogischen Institut des Bundes im Burgenland durchgeführte Weiterbildungslehrgang zu verstehen, der der Ausbildung in der BAKI nachgebildet ist.

Bei Weiterbeschäftigung ohne Erfüllung der Voraussetzungen nach Abs. 2 muß die Landesregierung gemäß § 19 Abs. 5 Kindergartengesetz 1995 die weitere Verwendung der Kindergärtnerin oder des Kindergärtners untersagen.

Zu § 2:

Darin werden die Z 6 bis 11 des eingangs erwähnten Bundesgrundsatzgesetzes ausgeführt und alternative Anstellungserfordernisse für die in § 1 Abs. 1 genannten Personen festgelegt, wenn keine Personen mit den dort genannten Anstellungserfordernissen zur Verfügung stehen.

Zu § 3:

Darin wird Z 12 des erwähnten Bundesgrundsatzgesetzes ausgeführt, wobei in Abs. 1 der Nachweis der in § 1 Abs. 1 und § 2 genannten Voraussetzungen durch entsprechende Zeugnisse und in Abs. 2 die Anerkennung ausländischer Zeugnisse geregelt werden.

In Abs. 3 bis 5 wird - in Beachtung der im Begutachtungsverfahren eingelangten Stellungnahmen, insbesondere der zusammenfassenden Stellungnahme des Bundes, anstelle des Abs. 3 im versendeten Entwurf - auf die Anerkennung der von EWR-Bürgern vorgelegten beruflichen Befähigungsnachweise für die hier in Rede stehenden Berufe und die in der Richtlinie 92/51/EWG enthaltenen Ausgleichsmechanismen Rücksicht genommen, die bei wesentlichen Unterschieden in der Ausbildung vorgesehen werden können (Berufserfahrung oder Ablegung einer Eignungsprüfung oder Absolvierung eines Anpassungslehrganges). Weiters ist darin die Landesregierung als Behörde für die Festlegung zuständig erklärt, ob ein Endprodukt im Sinne der Richtlinie vorliegt. Einer Anregung einer (früheren) Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten (vom 21.9.1994, GZ 32.430/73-III/3/94), aber auch der im Begutachtungsverfahren abgegebenen Stellungnahme der Landesamtsdirektion-Verfassungsdienst folgend orientieren sich die Absätze 3 bis 5 an § 373d der Gewerbeordnung 1994, BGBl.Nr. 194.

Abs. 6 regelt die Umsetzung einer zweijährigen Berufserfahrung (vollzeitige Berufsausübung), wenn ein Antragsteller (eine Antragstellerin) aus einem Herkunftsland kommt, das diese Berufe nicht in Rechts- oder Verwaltungsvorschriften geregelt hat, d.h. daß diese Berufe dort von jedermann ergriffen werden könnten, ohne an die Erbringung eines entsprechenden Befähigungsnachweises gebunden zu sein. Obzwar nun eine Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten vom 30. Juni 1995, Zl. 32.433/120-III/A/3/95, einer solchen Umsetzung größte (sic) Bedeutung zumißt, darf - vor allem auch nach der Stellungnahme der Landesamtsdirektion - Verfassungsdienst vom 6.10.1995, LAD-VD-1309/31-95 - nicht übersehen werden, daß die hier in Rede stehenden Berufe in nahezu jedem Mitgliedsstaat reglementiert sind. Die hier vorgesehene Umsetzung wäre also in der Praxis kaum von Bedeutung, dient aber immerhin der Vollständigkeit.

Damit erscheint die Umsetzung der Richtlinie 92/51/EWG über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise - in Ergänzung zur Richtlinie 89/48/EWG - gewährleistet.

Die Wortwahl "Angehöriger einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum" und "(Vertragsstaat) des Europäischen Wirtschaftsraumes" lehnt sich an die zu § 17 Abs. 2 und § 19 Abs.1 bis 4 des Kindergartengesetzes ergangene "EWR-Novelle", LGBl.Nr. 8/1993. (In § 373d der Gewerbeordnung 1994 heißt es schlicht "Staatsangehöriger einer EWR-Vertragspartei" und "EWR-Vertragsstaat".)

Zu § 4:

Hier wird das Außerkrafttreten früherer Rechtsvorschriften geregelt.